

## Global Europe: Die Konzernagenda der EU in der WTO - und bilateral!

Die Doha-Welthandelsrunde der WTO wurde 2001 begonnen, ein erfolgreicher Abschluss bleibt weiter fraglich. Angesichts ausbleibender handelspolitischer Erfolge und zunehmender Unzufriedenheit bei der EU-Wirtschaftslobby legte die Europäische Kommission bereits 2006 die neue handelspolitische „Global Europe“-Strategie vor. Diese Strategie ist der Versuch der EU, ihre Freihandelspolitik neben der multilateralen WTO-Ebene zukünftig noch stärker als zuvor auch auf bilateralem Weg voranzutreiben. Aktuell liegt ein neues Freihandelsabkommen (FTA) der EU mit Südkorea vor, ist aber noch nicht durch das EU-Parlament ratifiziert. Ferner werden FTA-Verhandlungen mit Indien und vielen weiteren Entwicklungsländer geführt. Es drohen negative Folgen für Umwelt, Entwicklung und Gute Arbeit in Nord und Süd!

### Die Global Europe Strategie – aggressive Marktöffnung um jeden Preis

Die Global Europe-Strategie verfolgt aggressive wirtschafts-, entwicklungs- und umweltpolitisch hochbrisante „WTO-plus“-Ziele. „WTO-plus“ meint dabei Regelungen, die über den in der WTO bereits fest geschriebenen Regelungsgrad hinausgehen. Hierzu gehören:

- ein stärkerer Abbau so genannter nicht-tarifärer Handelshemmnisse (also aller denkbaren Handelshemmnisse jenseits von Zöllen),
- die Sicherung eines ungehinderten Zugangs zu Energie und Rohstoffen,
- der verschärfte Schutz so genannter „geistiger Eigentumsrechte“ von Unternehmen (Patente u.a. zur Sicherung von Monopolprofiten),
- die beschleunigte Öffnung von Dienstleistungsmärkten,
- die Durchsetzung ungehinderter Niederlassungsfreiheit (Liberalisierung der Investitionsregime in Drittstaaten),
- die Liberalisierung öffentlicher Beschaffungsmärkte für EU-Exporteure,
- sowie die Einführung von Wettbewerbspolitik in den Drittländern, wo sie der Unterstützung des Marktzugangs europäischer Unternehmen dienen kann.

Neu gefasst wurde 2007 auch die so genannte „**Marktzugangsstrategie**“, in der die Kommission zusammen mit EU-Mitgliedsländern und Wirtschaftsverbänden so genannte ‚Market Access Teams‘ in Drittländern bildet, um nicht-tarifäre Handelshemmnisse zu identifizieren und zu bekämpfen. Dies sind quasi wirtschaftspolitische Späh- und Eingreiftruppen unter Beteiligung der Privatwirtschaft.

Global Europe umfasst spezielle Bemühungen im Bereich des **Rohstoffzugangs**. Hauptziel ist hier die komplette Abschaffung von Exportzöllen und anderer Exportrestriktionen, welche die Handelspartner nutzen, um ihre eigene Rohstoffversorgung zu sichern. Diese Praxis unterminiert der Kommission zufolge die Wettbewerbsfähigkeit der EU. So importiert sie z.B. derzeit die Hälfte ihrer Energieressourcen und dieser Importanteil

könnte bis 2030 auf 70% steigen; bei Öl sogar auf über 90%, bei Gas auf über 80%.

Die **Ausweitung geistiger Eigentumsrechte** soll über scharfe neue Regeln in bilateralen Freihandelsabkommen sowie über ein neues internationales Abkommen namens ACTA (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) erfolgen. Problematisch daran ist unter anderem, dass der Zugang armer Bevölkerungsgruppen zu Saatgut oder Medikamenten weiter erschwert wird. Traditionelles Wissen in der Landwirtschaft und die Verbreitung von Generika-Medikamenten drohen kriminalisiert zu werden – eine EU-Praxis, die der Ernährungssouveränität und der medizinischen Grundversorgung zuwider läuft.

Der Fokus der EU-Strategie liegt vor allem auf den sich dynamisch entwickelnden Weltregionen und Schwellenländer, insbesondere den „Herausforderer-Ländern“ Indien und vor allem **China**. Seit 2007 wird das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen der EU mit China neu verhandelt. Der Schwerpunkt liegt dabei klar bei handelspolitischen Fragen. China spielt wegen seines großen Marktpotentials, der hohen Wachstumsraten und der wirtschaftspolitischen Auflagen (von der EU als „Protektionismus“ kritisiert) gegenüber europäischen Unternehmen eine zentrale Rolle. Die von der EU-Kommission vertretenen Unternehmen drängen neben Zollabbau vor allem auf den Schutz geistiger Eigentumsrechte, den Zugang zum öffentlichen Beschaffungswesen sowie den Zugang zu Rohstoffen in China. Menschen- und arbeitsrechtliche Standards sowie ökologische und soziale Folgen werden außer Acht gelassen.

Mit **Indien** wird seit 2007 über ein Freihandelsabkommen verhandelt, zentrale Forderungen Europas sind auch hier Zollabbau, die Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte und der Marktzugang zu öffentlicher Beschaffung. Ferner wird über die Liberalisierung von Finanz- und sonstigen Dienstleistungen verhandelt.

Das **Freihandelsabkommen mit Südkorea** ist im Oktober 2009 unterzeichnet worden, muss aber noch ratifiziert werden (siehe Kasten). Weitere Verhandlungen im Rahmen der Global Europe-Politik werden auch mit Staaten des **ASEAN**-Raums

und **Zentralamerikas** geführt. Verhandlungen mit der Andengemeinschaft gerieten in Schwierigkeiten, als sich Bolivien und Ecuador nicht der aggressiven EU-Freihandelsagenda beugen wollten. Die EU setzte daraufhin die Verhandlungen nur noch mit Kolumbien und Peru fort und verkündete im März 2010 den erfolgreichen Abschluss der Gespräche. Dies widerspricht völlig dem zuvor proklamierten Ansatz einer Förderung der regionalen Integration der **Andengemeinschaft**.

Auch die bereits früher begonnenen bilateralen Prozesse mit den Golfstaaten, dem Mittelmeerraum, mit Russland, dem Mercosur und anderen Ländern wurden oder werden fortgesetzt. Und die EU versucht weiterhin, die mit den AKP-Staaten verhandelten so genannten **Economic Partnership Agreements (EPAs)** zu weit reichenden Freihandels- und Investitionsverträgen auszubauen.

### Kritik

Bilaterale und regionale „WTO-plus“-Abkommen bergen erhebliche entwicklungs- und umweltpolitische Gefahren sowie negative Folgen für Beschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherung in Nord und Süd. Indem die neue Generation der EU-Freihandelsabkommen europäischen Konzernen mehr

Marktzugang und Eigentumsrechte sichert, bedroht es die Lebensgrundlage vieler Menschen, besonders in Entwicklungsländern existenziell. Denn diese können oftmals in der Konkurrenz mit EU-Unternehmen nicht bestehen. Wirtschaftspolitisch droht den Verhandlungspartnern des Südens ein weiterer Verlust politischer Gestaltungsmöglichkeiten (**Policy Space**). Zudem aber steht die „Global Europe“-Strategie auch für einen verfehlten Kurs innerhalb Europas. Die EU-Außenhandelsstrategie ist explizit als „externe“ Flanke der europäischen „Lissabon-Strategie“ angelegt. Sie wird den Globalisierungs- und Deregulierungsdruck auf europäische Arbeitsplätze sowie Sozial- und Umweltregulierungen erhöhen. Auch **innerhalb Europas** werden so neue **Gewinner und Verlierer** produziert.

All dies ist Grund genug für emanzipatorische Kräfte aus verschiedenen gesellschaftlichen Lagern – seien es Gewerkschaften, Entwicklungs- und Umweltverbände, Frauenorganisationen, Globalisierungskritiker, Kleinbauern oder andere Gruppen – sich gemeinsam mit ihren Partnern in Entwicklungsländern gegen die „Global Europe“-Strategie zur Wehr zu setzen! Klima- und Umweltschutz sowie die Verwirklichung sozialer Menschenrechte weltweit müssen Vorrang vor Marktöffnungsinteressen erhalten!

### Freihandelsabkommen EU-Korea

Am 15. Oktober 2009 wurde das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südkorea unterzeichnet. Die Kommission bezeichnet das neue Abkommen als das wichtigste jemals zwischen der EU und einem Drittstaat ausgehandelte Abkommen. 19 Mrd. Euro Exportsteigerung erhofft man sich auf europäischer Seite, Korea glaubt, zusätzlich Waren und Dienstleistungen im Wert von 12 Mrd. Euro in Europa abzusetzen. Alle Zölle und die meisten so genannten nicht-tarifären Handelshemmnisse – also z.B. Importbeschränkungen oder die mangelnde Anerkennung ausländischer Produktnormen – sollen durch das Abkommen abgeschafft werden. Gerade in der Krise brauche man solche Impulse, so die ehemalige EU-Handelskommissarin Catherine Asthon. Das Abkommen ist auch in Wirtschaftskreisen hochgradig umstritten. Besonders die European Automobile Manufacturer's Association (ACEA) verlangte von der EU Änderungen. Durch Zollabbau und das Wegfallen einer Reihe von Auflagen für Autoimporte in die EU befürchtet die Branche massive Einbußen durch die starke südkoreanische Autoindustrie. Auch von Seiten der Mitgliedsstaaten wurden Änderungen gewünscht. Die EU reagierte unter anderem mit der Einfügung einer „Bilateral Safeguard Clause“, durch die temporär Zölle wiedereingeführt werden dürfen, falls eine koreanische Importwelle der europäischen Industrie schaden würde. Dennoch zeigt das Abkommen deutlich, dass Begünstigungen für die europäische Exportwirtschaft ohne Verschlechterungen für andere europäische Branchen nicht zu haben sind. Neben den Auswirkungen auf die Ökonomie der Partnerländer haben die Freihandelsabkommen somit auch eine nicht zu unterschätzende Binnenwirkung.

Die Ratifizierung des Abkommens durch die EU und Südkorea erfolgt Anfang nächsten Jahres. In der EU gelten für die Ratifizierung bereits die neuen Kompetenzregeln des Lissabon-Vertrags. Das bedeutet, dass das Europäische Parlament (EP), das bisher in der Handelspolitik keinerlei Mitspracherechte hatte, den Vertrag ablehnen könnte. Eine Ablehnung scheint jedoch vor allem aufgrund der konservativen Mehrheit im EP unwahrscheinlich. Das EU-Korea-FTA ist für die Europäische Kommission von großer strategischer Bedeutung. Es wäre das erste bedeutende Freihandels- und Investitionsabkommen, das im Rahmen der „Global Europe“-Strategie abgeschlossen würde.

### Literatur & Links

Shefali Sharma: Die Fesseln des EU-Indien-Freihandelsabkommens. Die indische Wirtschaft im Visier der europäischen Union. 2009. Hrsg. von EED & WEED Bezug: [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org); [www.eed.de](http://www.eed.de)  
Peter Fuchs (2007): Global Europe - Die neue EU-Handelspolitik im Wahn der Wettbewerbsfähigkeit. Forum Umwelt & Entwicklung/WEED. [www.forumue.de](http://www.forumue.de)  
Michael Reckordt: Europas Angriff auf die chinesische Mauer. 2009. Zu beziehen über [www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)  
War on Want (2009) Trading away our Jobs. [www.waronwant.org](http://www.waronwant.org)  
[www.eed.de/welthandel](http://www.eed.de/welthandel)  
[www.weed-online.org](http://www.weed-online.org)  
WIDE, publications on Gender and EU Trade policy: [www.wide-network.org](http://www.wide-network.org)  
Seattle to Brussels Network: [www.s2bnetwork.org](http://www.s2bnetwork.org)

### Kontakt

EED: Michael Frein, Mobil +49-(0)173-5359992; [Michael.Frein@eed.de](mailto:Michael.Frein@eed.de)  
WEED: Peter Fuchs, Mobil: +49-(0)177-6334900; [Peter.Fuchs@weed-online.org](mailto:Peter.Fuchs@weed-online.org)  
Nicola Jaeger, +49-(0)30-275 96 643; [Nicola.Jaeger@weed-online.org](mailto:Nicola.Jaeger@weed-online.org)